

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

N i e d e r s c h r i f t

18. WP

Finanzausschuss

(18. WP - 13. Sitzung)

Innen- und Rechtsausschuss

(18. WP - 15. Sitzung)

Europaausschuss

(18. WP - 8. Sitzung)

Bildungsausschuss

(18. WP - 6. Sitzung)

am Mittwoch, dem 18. November 2012, 9:30 Uhr,
im Sitzungszimmer 122 des Landtags

Anwesende Abgeordnete des Finanzausschusses

Thomas Rother (SPD)

Vorsitzender

Tobias Koch (CDU)

Hans Hinrich Neve (CDU)

Peter Sönnichsen (CDU)

Birgit Herdejürgen (SPD)

Lars Winter (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

i. V. v. Eka von Kalben

Dr. Heiner Garg (FDP)

Torge Schmidt (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Innen- und Rechtsausschusses

Dr. Axel Bernstein (CDU)

Petra Nicolaisen (CDU)

Dr. Kai Dolgner (SPD)

Simone Lange (SPD)

Tobias von Pein (SPD)

Burkhard Peters (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Kubicki (FDP)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Lars Harms (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Europaausschusses

Peter Lehnert (CDU)

Vorsitzender

Astrid Damerow (CDU)

Rainer Wiegard (CDU)

Birte Pauls (SPD)

Regina Poersch (SPD)

Jürgen Weber (SPD)

Rasmus Andresen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heiner Garg (FDP)

i. V. v. Dr. Ekkehard Klug

Torge Schmidt (PIRATEN)

i. V. v. Angelika Beer

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Anwesende Abgeordnete des Bildungsausschusses

Anke Erdmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Vorsitzende

Heike Franzen (CDU)

Martin Habersaat (SPD)

Beate Raudies (SPD)

Ines Strehlau (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Sven Krumbeck (PIRATEN)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

Fehlende Abgeordnete

Barbara Ostmeier (CDU)

Daniel Günther (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Kai Vogel (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung: **Seite**

1. Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013 **5**

Gesetzentwürfe der Landesregierung
[Drucksachen 18/220](#) und [18/221](#)

(überwiesen am 14. November 2012)

- **Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei**
- **Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa**
- **Einzelplan 04 - Innenministerium**
- **Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation**

2. Verschiedenes **16**

Der Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Rother, eröffnet die gemeinsame Sitzung um 9:35 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Entwurf eines Haushaltsgesetzes zum Haushaltsplan 2013 und Entwurf eines Haushaltsbegleitgesetzes 2013

Gesetzentwürfe der Landesregierung

[Drucksachen 18/220](#) und [18/221](#)

(überwiesen am 14. November 2012)

Antworten der Landesregierung auf die Fragen der	
CDU-Fraktion	Umdruck 18/374
SPD-Fraktion	Umdruck 18/375
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Umdruck 18/376
FDP-Fraktion	Umdruck 18/377
PIRATEN-Fraktion	Umdruck 18/378
Abgeordneten des SSW	Umdruck 18/379

Einzelplan 03 - Ministerpräsident, Staatskanzlei

Ministerpräsident Albig führt in Einzelplan 03 ein (Anlage 1).

Abg. Koch fragt die Landesregierung nach ihrer Haltung zu den Tarifsteigerungen und der Anpassung der Beamtenbesoldung im Haushalt 2013.

Ministerpräsident Albig äußert, die Landesregierung habe mit Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen, die im März 2013 endeten und deren Ergebnisse man abwarten müsse, im Haushalt in der bekannten Größenordnung Vorsorge getroffen. Man wolle die Zeit bis März nutzen, um mit den Gewerkschaften einen Pfad zur Anpassung der Beamtenbesoldung zu definieren, der eine Planbarkeit für den Haushalt ermögliche und in der Gesamtschau für alle

Beteiligten abschlussfähig sei. Außerdem wolle man im Dialog mit den Gewerkschaften ein ganzheitliches Konzept erarbeiten, wie man den demografischen Herausforderungen erfolgreich begegnen und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes steigern könne (Förderung von Berufsanfängern und älteren Beschäftigten, Gesundheitsmanagement, Fortbildungskonzepte).

Abg. Koch geht davon aus, dass die von der Landesregierung im Haushalt eingeplanten Tarifsteigerung von 1,5 % nicht ausreichen werde, um den absehbar höheren Tarifabschluss zu finanzieren, sodass für eine entsprechende Anpassung der Beamtenbesoldung im Haushalt kaum noch Spielraum vorhanden sei.

Auch Abg. Dr. Garg bezweifelt, dass die von der Landesregierung eingestellten Tarifverstärkungsmittel ausreichen, um die Lohnsteigerungen im Angestellten- und Beamtenbereich, Beförderungen und Höhergruppierungen sowie die vom Ministerpräsidenten genannten Maßnahmen zu finanzieren.

Finanzministerin Heinold weist darauf hin, dass es üblich sei, eine Steigerung von 1,5 % im Haushalt einzuplanen, um die Verhandlungsposition des Landes nicht zu schwächen, und die Ergebnisse der Verhandlungen abzuwarten. Auch die mittelfristige Finanzplanung gehe von Steigerungsraten von 1,5 % aus. - Dieses Vorgehen halten die Mitglieder der Koalitionsfraktionen für selbstverständlich und normal.

Ministerpräsident Albig macht ebenfalls darauf aufmerksam, dass man sich hinsichtlich der Veranschlagung von Mitteln für Tarifsteigerungen nicht von Vorgängerregierungen unterscheide. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt könne man keine genauen Zahlen nennen.

Landesrechnungshofpräsident Dr. Altmann begrüßt die Einführung des zentralen Personalmanagements, das für die Zukunft des Landes und die Motivation seiner Beschäftigten von strategischer Bedeutung sei und mit einer Aufgabenanalyse und Aufgabenkritik verbunden werden müsse.

Abg. Koch und Dr. Garg fragen die Landesregierung, ob sie den Tarifabschluss für die Beschäftigten zeit- und wirkungsgleich auf die Beamten übertragen werde.

Finanzministerin Heinold wiederholt, man warte das Tarifergebnis ab, dann verhandele man, und dann werde man gemeinsam ein Ergebnis erreichen.

Ministerpräsident Albig hebt die Bedeutung eines effektiven Personalmanagements hervor. Es gehe nicht nur um die Höhe des Einkommens, sondern man müsse an allen Stellschrauben

arbeiten. Man gehe davon aus, dass alle Landesbediensteten - ein Drittel seien Beschäftigte, zwei Drittel Beamte - im nächsten Jahr eine Tarif- beziehungsweise Besoldungssteigerung erführen. Wenn der Tarifabschluss für die Beschäftigten im März 2013 feststehe, werde man im Gespräch mit den Gewerkschaften nach einer angemessenen Antwort für den Beamtenbereich suchen.

Finanzministerin Heinold bekräftigt ihre Aussage, die Verhandlungen abzuwarten und dann mit den Gewerkschaften zu beraten.

Abg. Koch kritisiert, dass in der Staatskanzlei vier neue Stellen geschaffen würden und der Stellenplan im Saldo eine zusätzliche Stelle ausweise.

Ministerpräsident Albig legt Wert auf die Feststellung, dass die Staatskanzlei den Stellenabbaupfad einhalte. Aufgrund der politischen Schwerpunktsetzung der neuen Landesregierung schaffe man vier neue Stellen mit kw-Vermerk, gleichzeitig baue man drei Stellen ab.

Die Frage von Abg. Koch und Dr. Garg, ob die Schaffung der zusätzlichen Stellen durch Stelleneinsparungen in den Ministerien kompensiert werde, beantwortet Ministerin Heinold dahin, entscheidend sei, dass der Stellenabbaupfad eingehalten werde.

Der Finanzausschuss bittet die Landesregierung um nähere Erläuterungen zu der Besetzung und den Auswirkungen der in Rede stehenden Stellen auf den Landeshaushalt und möglicherweise andere Ressorts.

Einzelplan 09 - Ministerium für Justiz, Kultur und Europa

Ministerin Spoorendonk führt in Einzelplan 09 ein (Anlage 2).

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg teilt Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaesser mit, die Zahl der Eingänge in der Sozialgerichtsbarkeit steige weiter an.

Abg. Sönnichsen kommt zu dem Ergebnis, dass mit den von der Ministerin im Kulturhaushalt vorgenommenen Änderungen Vorfestlegungen für den vorgesehenen Kulturdialog getroffen würden.

Ministerin Spoorendonk entgegnet, es bestehe große Einigkeit, die Themen Vernetzung und kulturelle Grundbildung voranzutreiben, eine Bestandsaufnahme und Befragung als Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kulturarbeit im Lande durchzuführen und einen nachhaltigen Kommunikationsprozess zu organisieren. Für die KZ-Gedenkstätte Ladelund und die Neulandhalle habe man Gelder in den Haushalt eingestellt, um Anträge auf Bundesförderung stellen zu können.

Abg. Herdejürgen macht darauf aufmerksam, dass die im Haushalt verankerte gegenseitige Deckungsfähigkeit eine gewisse Flexibilität ermögliche, auf bestimmte Verhandlungsergebnisse zu reagieren.

Abg. Schmidt spricht sich dafür aus, den Zuwendungsempfängern freiere Hand bei der Verwendung der Mittel zu lassen, um den Verwaltungsaufwand für Zuwendungsgeber und Zuwendungsempfänger zu minimieren.

Ministerin Spoorendonk äußert, das Korsett dürfe für die Zuwendungsempfänger nicht zu eng sein, und weist gleichzeitig auf das Haushaltsrecht und den Informations- und Gestaltungsanspruch der Politik hin. Auch über das Instrument der Zielvereinbarungen könnte im Rahmen des Kulturdialogs, dessen Ziel eine bessere Zusammenarbeit im Kulturbereich sei, gesprochen werden.

Abg. Krumbeck setzt sich dafür ein, bundesweit eine Strategie zur Digitalisierung von Büchern und Kulturgütern zu erarbeiten, um diese barrierefrei zur Verfügung zu stellen.

Auf eine Frage von Abg. Damerow antwortet Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaesser, bei der Verlagerung der Europaabteilung aus der Staatskanzlei ins Europaministerium sei eine Refe-

ratsleitungsstelle nicht mit übertragen worden, sondern werde aus dem Bestand genommen und jetzt besetzt. Die freie Stelle im Hanse-Office sei ausgeschrieben worden. Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg erwidert er, die Untervermietung von Diensträumen des Hanse-Office in Brüssel an das Bundesland Bremen erfolge zu einem geringeren Mietpreis, weil es sich um die Vermietung im Dachgeschoss mit Schrägen handele.

Bei der Kostenaufteilung zur STRING-Kooperation bittet Abg. Koch unter dem Gesichtspunkt von Haushaltswahrheit und -klarheit darum, die nachrichtlich ausgewiesene Summe 2011/12 bei Titel 0911-671 02 auf 130.000 € zu korrigieren.

Abg. Dr. Garg möchte wissen, welchen Stundenlohn die externen Pfortner im Justizministerium erhielten. - Der Staatssekretär sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Auch Abg. Dudda thematisiert den Grundsatz von Haushaltswahrheit und -klarheit und bittet um nähere Erläuterungen zu den Haushaltsansätzen in Kapitel 0902 - Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit - bei den Titeln 422 01, 428 01 und 812 02. - Der Staatssekretär sagt eine schriftliche Antwort zu. In der Kalkulation der Haushaltsansätze seien die Regelungen des vom Landtag noch nicht beschlossenen Tarifreue- und Vergabegesetzes berücksichtigt.

Abg. Dr. Garg möchte wissen, warum das Land 51.130 € für Pastoren in Justizvollzugsanstalten zahle und wie hoch der Stundenlohn der Frisöre in den JVA's sei. - Ministerin Spoorendonk sagt eine schriftliche Antwort zu.

Auf eine weitere Frage von Abg. Dr. Garg antwortet Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber, in Schleswig-Holstein gebe es zurzeit elf sicherungsverwahrte Personen. Ob die elf Plätze für Sicherungsverwahrte in Hamburg langfristig ausreichen, hänge maßgeblich vom Therapieerfolg ab.

Auf Fragen von Abg. Sönnichsen erwidert Ministerin Spoorendonk, bei der Förderung der Gedenkstättenarbeit habe man in erster Linie Mittel bereitgestellt, um Förderanträge an den Bund zu erarbeiten. Welche ostseebezogenen Projekte aus Titel 0940-684 48 gefördert würden, werde sie schriftlich mitteilen. Eine Frage von Abg. Dr. Garg beantwortet sie dahin, die allermeisten Veranstaltungen von Folk Baltica fänden in Flensburg statt.

Auf eine weitere Frage von Abg. Sönnichsen macht Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaëber deutlich, der Bedarf bei der Erhaltung des schriftlichen Kulturguts gehe weit über die veranschlagten Mittel von 350.000 € hinaus, mit denen man ein Zeichen setzen und die Kofinanzierung möglicher weiterer Bundesmittel sicherstellen wolle. Auf eine Frage von Abg. Krumbeck zur

Förderung von Künstlerinnen und Künstlern erwidert er, die Präsentation der Werke und Beiträge der Stipendiaten erfolge im Zweijahresturnus; daher fielen hierfür 2013 keine Fördermittel an.

Auf eine Frage von Abg. Dr. Garg antwortet Ministerin Spoorendonk, dass das Landesarchiv die Vertretungs- und Aushilfskräfte für die gesetzlich erforderliche Inventarisierung circa drei Jahre benötige.

Auf eine Frage von Abg. Nicolaisen zu Einzelplan 12 antwortet Staatssekretär Dr. Schmidt-Elsaesser, die Umsetzung der bis 2016 geplanten Baumaßnahmen in den Justizvollzugsanstalten sei in der mittelfristigen Finanzplanung berücksichtigt. Danach müsse man angesichts der Haushaltslage Prioritäten setzen und werde in die Sicherheit und Unterbringungssituation an den jeweiligen Standorten investieren.

Nach Auskunft von Ministerin Spoorendonk steht die Sanierung der JVA Flensburg in dieser Legislaturperiode nicht auf der Tagesordnung. - Auf eine Frage von Abg. Koch zum Stellenplan stellt die Ministerin heraus, dass das Ministerium für Justiz, Kultur und Europa die vorgegebenen Einsparungen nach dem Stelleneinsparkonzept erfülle und im Jahr 2013 insgesamt 29 Stellen einspare.

(Unterbrechung: 11:55 bis 13:35 Uhr)

Der Finanzausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss beraten vor Wiedereintritt in die Tagesordnung über den Antrag der Fraktion der FDP, die vom Innen- und Rechtsausschuss für den 10. Dezember 2012 in Aussicht genommene Sitzung zur abschließenden Beratung der Vorlagen zum Glücksspielrecht und des Antrags der Fraktion der PIRATEN, Schutz der Vertraulichkeit und Anonymität der Telekommunikation, auf den 13. Dezember 2012 während der Landtagstagung zu verschieben. - Abg. Kubicki erläutert, dass die FDP-Fraktion schon seit längerer Zeit für den 10. und 11. Dezember 2012 eine Klausurtagung verbunden mit einer Reise nach Berlin geplant habe. Deshalb bitte seine Fraktion um Verschiebung der für den 10. Dezember 2012 geplanten Sitzung. - Die Vertreter der regierungstragenden Fraktionen weisen darauf hin, dass die Sitzung für den 10. Dezember 2012 schon vor langer Zeit in Aussicht genommen worden sei und damals kein Widerspruch von der FDP-Fraktion dagegen erhoben worden sei. Am 25. Oktober 2012 habe der Innen- und Rechtsausschuss diesen Termin in seiner Sitzung noch einmal ausdrücklich bestätigt. Vor dem Hintergrund des Gewichts der zu beratenden Themen biete sich eine Sitzung in der Mittagspause des Landtages nicht an. - Abg. Koch weist darauf hin, dass das Ergebnis des Notifizierungsverfahrens frühestens am 7. Dezember 2012 von der EU-Kommission vorgelegt werde. Auch vor dem Hintergrund sei ein späterer Termin der Sitzung zur abschließenden Beratung sinnvoller. - Abg. Kubicki kündigt an, sollten die Regierungsfaktionen entschlossen sein, die zweite Lesung ihrer Glücksspielgesetze in der Dezembertagung des Landtags durchzuführen, ohne Rücksicht auf eventuell noch eingehende Stellungnahmen beispielsweise von Großbritannien oder Malta im Rahmen des Notifizierungsverfahrens zu nehmen, werde sich die FDP-Fraktion an das Pairing-Abkommen mit der SPD-Fraktion in diesem Fall nicht gebunden fühlen. - Abg. Harms erklärt, sollte eine Verschiebung der Beratung nötig sein, beispielsweise aus den gerade von Abg. Kubicki genannten Gründen, werde sich die Beschlussfassung auch nach hinten verschieben. - Der Innen- und Rechtsausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und eines Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP bei Enthaltung der Stimme eines Abgeordneten der Fraktion der PIRATEN, den Sitzungstermin am Montag, dem 10. Dezember 2012, 10 Uhr, beizubehalten.

Fortsetzung der Haushaltsberatungen

Einzelplan 04 - Innenministerium

Minister Breitner führt in den Einzelplan 04 und das Kapitel 1204 ein (Anlage 3).

Abg. Dr. Garg nimmt Bezug auf die Antwort der Landesregierung auf die Fragen der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/378](#), zum Thema der Gebühren und tariflichen Entgelte aus dem Glücksspielgesetz, Titel 111 01, und fragt, ob die Antwort der Landesregierung, es würden keine neuen Genehmigungen erteilt werden, so zu verstehen sei, dass auch jetzt zur Entscheidungsreife anstehende Anträge entgegen des geltenden Glücksspielgesetzes in Schleswig-Holstein nicht mehr bearbeitet würden und keine Genehmigung mehr erteilt werde. - Minister Breitner antwortet, öffentlich könne er keine Auskünfte über den Stand der Lizenzierungsverfahren geben. Es lägen eine Reihe von Anträgen vor, die zurzeit mit der rechtsstaatlich gebotenen Sorgfalt bearbeitet würden.

Abg. Kubicki fragt, ob Einnahmen aus der Lizenzvergabe der im Glücksspielvertrag vorgesehenen 20 Lizenzen - unterstellt, Schleswig-Holstein trete demnächst dem Glücksspielstaatsvertrag bei - schon etatisiert seien und wenn ja, an welcher Stelle. - Minister Breitner antwortet, das betreffe den Einzelplan 11, der morgen im Finanzausschuss diskutiert werde. Er könne jedoch jetzt schon feststellen, dass für 2013 keine Einnahmen aus dem Glücksspielstaatsvertrag im Haushalt etatisiert seien, da die Zukunft des Glücksspielstaatsvertrages und der Beitritt Schleswig-Holsteins noch unklar seien.

Zu einer Frage des Abgeordneten Harms zur Höhe der anfallenden Gebühren durch die jetzt schon konzessierten Glücksspielunternehmen in Schleswig-Holstein verweist Minister Breitner noch einmal auf den Einzelplan 11. Einzelheiten dazu könne er jetzt nicht nennen. - Auf Nachfrage von Abg. Koch kündigt er an, den Ausschüssen die Gebührenordnung zuzuleiten und führt zum Hintergrund der im Haushalt eingestellten 300.000 € für glücksspielrechtliche Genehmigungen aus, kalkuliert worden sei mit 30 Genehmigungen, bei denen jeweils von 10.000 € Gebühren ausgegangen werde.

Abg. Dudda nimmt Bezug auf die Antwort der Landesregierung auf die Fragen der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/378](#), und möchte wissen, warum in diesem Bereich für drei private Sicherheitskräfte mit 100.000 € gerechnet werde, im Justizbereich - wie heute Vormittag von Ministerin Spoorendonk ausgeführt - für die gleiche Anzahl von Personen ein niedrigerer Wert angesetzt werde. - Minister Breitner kündigt an, dies zu überprüfen und schriftlich zu beantworten.

Abg. Dudda möchte außerdem wissen, warum im Titel 428 63, Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, das Ist aus dem Jahr 2012 für 2013 fortgeschrieben werde, obwohl laut Auskunft des Innenministeriums auf die Frage der Fraktion der PIRATEN, [Umdruck 18/378](#), das Ist im Jahr 2011 um circa 120.000 € überschritten werde. - Minister Breitner sagt zu, dies ebenfalls schriftlich zu beantworten.

Auf eine Frage von Abg. Dudda bestätigt Herr Wulf, Mitarbeiter im Innenministerium, dass im Bereich der gemeinsamen Telekommunikationsüberwachungszentren im nächsten Jahr keine Ausgaben anfallen werden.

Im Zusammenhang mit einer Frage von Abg. Nicolaisen nach einer detaillierteren Aufschlüsselung der Sportförderung an den Landessportverband verweist Minister Breitner auf den Wirtschaftsplan des Landessportverbandes und kündigt an, ihn dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen. Er sagt auch zu, eine Auflistung der Maßnahmen im Bereich des außerschulischen Sports mit einer Darstellung der Zuwendungsempfänger nachzureichen.

Abg. Dr. Garg nimmt Bezug auf die Antwort der Landesregierung auf die Frage der CDU-Fraktion zum Kapitel 10 Titel 233 63, [Umdruck 18/374](#), und fragt, wie sich die unterschiedliche Auslegung des Kooperationsvertrages durch die beiden Partner Land und Kommune finanziell auswirkten. - Minister Breitner antwortet, das könne er öffentlich nicht beantworten, weil es sich um private Verträge handele. Er weise aber auf einen Bericht in der nächsten Landtagstagung zu diesem Thema hin. Auf Nachfrage von Abg. Dr. Garg kündigt er an, das gern auch schriftlich und in der gebotenen Stufe der Vertraulichkeit zu beantworten.

Im Zusammenhang mit einer Frage des Abg. Koch stellt Herr Wulf fest, dass die angestrebte Reduzierung der Bestands der Motorräder bei der Polizei auf 41 bereits stattgefunden habe. Von diesen 41 würden jetzt lediglich fünf Motorräder aufgrund ihres Alters ersetzt.

Auf Fragen des Abg. Dudda nach den konkreten Vereinbarungen zwischen dem Land und den Kreisen für die Überwachung des fließenden Verkehrs, Kapitel 10 Titel 633 01, antwortet Herr Wulf, mit den Kreisen gebe es jeweils unterschiedliche Vereinbarungen. Zum Teil würden dabei Investitionen der Kreise in technische Geräte und Aufwendungen, die die Polizei für die Wartung der Geräte und die Ausbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Kreises habe, gegengerechnet.

Abg. Dudda möchte wissen, warum für die Erstattungen an die Bundesanstalt für den Digitalfunk der Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (BDDOS), Kapitel 10 Titel 634 63, keine Veranschlagung vorgesehen sei, obwohl laut Antwort der Landesregierung auf eine entsprechende Frage der Fraktion der PIRATEN Mittel aus der Rücklage dafür entnommen würden. - Frau Dr. Detering, Leiterin des Referats Haushalt, Neue Steuerungsinstrumente, Korruptionsprävention und Innenrevision im Innenministerium, antwortet, die Entnahme werde im laufenden Haushaltsvollzug erfolgen und deshalb vorher nicht im Haushaltsplan abgebildet.

Die Frage des Abg. Koch, weshalb die Auflösung der Polizei-Big-Band nicht schneller erfolge, beantwortet Minister Breitner dahingehend, dass im Jahr 2013 niemand aus der Polizei-Big-Band altersbedingt ausscheiden werde. An dem von seinem Vorgänger vereinbarten Plan, die Auflösung bis 2015 zu vollziehen, werde festgehalten. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätten seiner Meinung nach auch einen Anspruch darauf, dass man sich an die einmal vereinbarten Fristen halte.

Abg. Koch fragt, wie die Landesregierung die strategische Lücke bei der Polizei schließen wolle. - Frau Dr. Detering verweist auf die Auflistung zu Beginn des Einzelplan 04 unter dem Stichwort „Sonstiges“, in der aufgelistet sei, inwieweit die Lücke bereits geschlossen worden sei und was bis zum Jahr 2015 in diesem Bereich weiter geplant sei. Das Innenministerium gehe davon aus, dass die im Rahmen der im Gesamtkonzept vereinbarten 5.300 noch weiter einzusparenden Stellen nicht in voller Höhe im eigenen Haus eingespart werden müssten. Das obliege jedoch der Entscheidung im Zusammenhang mit dem nächsten Landeshaushalt. - Minister Breitner ergänzt, die Landesregierung habe verabredet, sich im nächsten Jahr noch einmal intensiv mit dem Abbaupfad zu beschäftigen. Entscheidungen seien hierzu noch nicht getroffen worden. - Herr Koch weist darauf hin, dass mit dem Konsolidierungseckpunktepapier noch weitere Stelleneinsparungen in Höhe von etwa 75 Stellen auf das Innenministerium zukämen und möchte wissen, wo diese eingespart werden sollten. - Minister Breitner betont noch einmal, dass die Verteilung noch offen sei und bisher 75 Stellen lediglich in Rede stünden, hier aber noch Diskussionen geführt würden und die endgültige Entscheidung dazu noch nicht gefallen sei.

Einzelplan 14 - Informations- und Kommunikationstechnologien, E-Government und Organisation

Minister Breitner führt in den Einzelplan 14 ein (Anlage 4).

Abg. Dr. Garg möchte wissen, welche Auswirkungen die Einführung des zentralen IT-Managements auf die sogenannten allgemeinen Abteilungen in den Fachressorts habe und welche perspektivischen Planungen es in Bezug auf die Abteilungen I in den Häusern gebe. - Minister Breitner antwortet, er könne nicht ausschließen, dass es zu Auswirkungen auf die Abteilungen I in den Ministerien kommen werde. In erster Linie gehe es aber darum, die Häuser in ihrer Arbeit zu unterstützen, insbesondere im Personalbereich. Welche organisatorischen Folgen das für die jeweiligen Häuser haben werde, obliege der Entscheidung der Ressorts.

Eine Frage von Abg. Schmidt zu den Ausgaben für die Nutzung von Smartphones, Kapitel 02 Titel 511 44, beantwortet Herr Silber, Leiter des Stabsbereichs Standard IF Arbeitsplatz, Standard IF Infrastruktur und Kommunale IT im Innenministerium dahingehend, dass in einem ersten Schritt die Anschaffung von iPhones vereinbart worden sei, aber auch Geräte mit einer Android-Version. Es sollten möglichst einheitliche Systeme beschafft werden, die dann standardisiert seien. Die Beschaffung erfolge selbstverständlich nach Durchführung einer Ausschreibung.

Im Zusammenhang mit einer weiteren Frage von Abg. Schmidt bestätigt Herr Silber, dass es eine Wirtschaftlichkeitsberechnung zur Frage der Miete der Telefonanlage auch im Rahmen der Bemerkungen des Landesrechnungshofs gegeben habe. Dabei sei herausgekommen, dass das jetzt angewandte Verfahren das Wirtschaftlichste sei. Die Miete ermögliche unter anderem eine hohe Flexibilität.

Zu Einzelplan 12 - Hochbaumaßnahmen - und zum Haushaltsgesetz und Haushaltsbegleitgesetz werden keine Fragen gestellt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Am Montag, dem 10. Dezember 2012, wollen der Finanzausschuss und Innen- und Rechtsausschuss in gemeinsamer Sitzung die **Gesetzentwürfe zum Thema Glücksspiel, Drucksachen 18/79** und **18/104**, beraten.

Am Donnerstag, dem 10. Januar 2013, wird die Landesregierung den Finanzausschuss, den Bildungsausschuss und den Sozialausschuss über die geplante Umsetzung der **baulichen Sanierung des UKSH** informieren.

Der Vorsitzende, Abg. Rother, schließt die Sitzung um 15:30 Uhr.

gez. Thomas Rother

Vorsitzender

gez. Ole Schmidt

Geschäfts- und Protokollführer